

Stand: 09.05.2024 08:23:08

Initiativen auf der Tagesordnung der 9. Sitzung des GP

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1572 vom 10.04.2024
2. Initiativdrucksache 19/1779 vom 12.04.2024
3. Initiativdrucksache 19/1873 vom 18.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Missbrauch von Beruhigungsmitteln in Pflegeheimen „Pflegebedürftige schützen“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu folgenden Fragen zu berichten:

1. Hat die Staatsregierung Kenntnis darüber, wie die aktuelle Situation in unseren Pflegeheimen in Bayern hinsichtlich des Missbrauchs von Beruhigungsmitteln ist?
2. Besteht eine regelmäßige Überwachung und Kontrolle, um sicherzustellen, dass die Medikamente in Pflegeheimen in Bayern korrekt verabreicht werden?

Begründung:

Der AOK-Report zeigt auf, dass Menschen in Pflegeheimen häufig dauerhaft angstlösende Mittel erhalten. Wir müssen die Aussage des AOK-Reports ernstnehmen, um eine angemessene Versorgung unserer älteren Generation in Zukunft besser zu gewährleisten. Die Aufarbeitung von Missbrauch von Beruhigungsmitteln in Pflegeheimen ist ein wichtiger Bestandteil der Sicherheit der Pflegeheimbewohner in Bayern. Nur durch regelmäßige Kontrollen kann sichergestellt werden, dass potenzielle Fehler oder Unregelmäßigkeiten erkannt und behoben werden, um die Sicherheit der älteren Bürger zu gewährleisten. Unsere älteren Mitbürger in Bayern verdienen es, dass alles unternommen wird, um ihre Gesundheit und Sicherheit zu wahren. Ältere Menschen sind anfälliger für verschiedene Einflussfaktoren, darunter die Einnahme diverser Medikamente, deren erhöhte Nebenwirkungen und Medikamentenmissbrauch. Die kleinsten Fehler bei der Medikamenteneinnahme und die Nichteinhaltung der verordneten Dosierung können gravierende gesundheitliche Folgen haben. Daher muss es von höchster Bedeutung sein, dass wir die Intensivierung und Kontrolle der Arzneimittelabgabe in Pflegeheimen noch mehr kontrollieren. Durch regelmäßige und sorgfältige Kontrollen können wir potenzielle Missgeschicke und auch Unzulänglichkeiten bei der Applikation von Arzneimitteln frühzeitig erkennen und beseitigen.

Dies gewährleistet nicht nur die Sicherheit der älteren Generation, sondern auch Vertrauen, Transparenz und Verantwortlichkeit im Pflegeheimumfeld. Unsere Verantwortung ist es, die älteren Bürger vor jeglichem Missbrauch von Medikamenten zu bewahren und zu schützen.¹

¹ Große regionale Unterschiede in der Pflege - Sozialverband VdK Deutschland e. V. Im Pflegeheim mit Pillen ruhiggestellt (msn.com)



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Laura Weber, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Gestärkt aus der Krise: Die Coronapandemie gemeinsam aufarbeiten und sich auf zukünftige Krisen vorbereiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter Einbindung des Landtags einen Bürgerrat einzurichten, der sich mit den Folgen der Coronapandemie in Bayern, der Evaluation der ergriffenen Maßnahmen sowie der konzeptionellen Vorbereitung auf etwaige zukünftige Epidemien befasst. Das Zustandekommen und die Zusammensetzung des Bürgerrates soll die Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Landtag erarbeiten. Dabei soll sie sich an den Grundlagen der durch den Bundestag initiierten Bürgerräte orientieren. Insbesondere sollen die ergebnisoffene Beratung des Bürgerrates, die gewichtete Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Unabhängigkeit des Bürgerrates als zentrale Kriterien berücksichtigt werden.

Der Bürgerrat erhält den Arbeitsauftrag, die Folgen der Pandemie und der Infektionsschutzmaßnahmen in Bayern zu untersuchen, zu bewerten und daraus Empfehlungen für die Vorbereitung auf zukünftige gesundheitliche Notstände abzuleiten. Dabei wird er beratend von Vertreterinnen und Vertretern des Landtags und der Staatsregierung sowie von Expertinnen und Experten unterstützt. Der Bürgerrat entscheidet selbst, welche Lebensbereiche und Politikfelder er für relevant erachtet. Nach Bedarf kann der Bürgerrat Gutachten oder Studien in Auftrag geben. Dazu wird er durch das jeweils fachlich zuständige Staatsministerium unterstützt.

Zum Abschluss seiner Arbeit legt der Bürgerrat der Öffentlichkeit, dem Landtag und der Staatsregierung seine Ergebnisse in Form eines Abschlussberichts vor. Der Landtag und die Staatsregierung nehmen hierzu schriftlich und öffentlich Stellung.

Begründung:

Die Coronapandemie, die von 2020 bis 2023 die Gesundheit der Weltbevölkerung bedrohte, ist nicht spurlos an den Bayerinnen und Bayern vorbeigegangen. In Bayern haben sich 6 832 531 Menschen mit Corona infiziert. 30 828 sind daran verstorben (Zahlen des Robert Koch-Instituts vom 04.03.2024). Viele leiden zudem heute noch an Langzeitfolgen einer überstandenen Infektion.

Alle Menschen in Bayern waren von den Infektionsschutzmaßnahmen betroffen, die notwendig waren, um die Infektionszahlen zu stabilisieren, um gesundheitlich gefährdete Menschen zu schützen und um das Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu bewahren. Mit freiheitseinschneidenden Maßnahmen, die es bis dahin noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab, hat die bayerische Bevölkerung einen beispiellosen Kraftakt vollbracht. Doch dieser Kraftakt hat zweifelsohne sehr an den Nerven der Menschen gezehrt.

Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben schon im April 2020 – also vier Wochen nach Beginn der Maßnahmen – eine wissenschaftliche Evaluation der Infektionsschutzmaßnahmen der Staatsregierung gefordert. Denn uns war klar, dass die Maßnahmen so zielgerichtet wie möglich sein mussten, um nur so viel Freiheitseinschränkungen wie nötig mit sich zu bringen. Im Mai 2020 forderte unsere Fraktion dann die Einbindung des Landtags bei der Erstellung der Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen und eine Studie zu den psychosozialen Auswirkungen der Ausgangssperren auf Kinder und Jugendliche. Diese und ähnliche Forderungen – wie bspw. eine interdisziplinäre Coronakommission, die zum einen die Staatsregierung bei den Maßnahmen berät als auch im Nachgang Lehren für die Gesellschaft zieht, ein bayerisches Coronamaßnahmengesetz oder ein Coronakrisetransparenzgesetz – hielten wir durchgehend aufrecht. Leider wurden diese Vorschläge nicht angenommen. Nach und nach bewegte sich jedoch auch die Staatsregierung und es wurden Abstimmungen über die Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen im Landtag eingeführt und die Maßnahmen ausführlicher begründet und erklärt.

Doch eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Maßnahmen, die über die rein infektiologische Betrachtung hinausgeht, plant die Staatsregierung nach wie vor nicht. Wir müssen jetzt aufarbeiten, welche Auswirkungen die Pandemie auf uns Alle hatte. Welche Schutzmaßnahmen haben funktioniert, welche müssen besser angewandt werden? Wie ging es den Menschen während der Pandemie und wie wirkt sich diese Zeit bis heute auf uns aus?

Um diese Fragen zu beantworten, braucht es jetzt entschlossenes Handeln und innovative Ideen. Wir schlagen daher einen Bürgerrat vor, mit dem die Bürgerinnen und Bürger jenseits politischer Strategien und Schuldzuweisungen die sachliche Aufarbeitung selbst in die Hand nehmen. Es braucht zweitens Studien und Gutachten in allen Fachbereichen der Staatsregierung, weil alle Lebensbereiche betroffen waren. Und es braucht drittens ein klares Verfahren für transparente und demokratische Entscheidungen in Krisen. Wir dürfen in Zukunft keine Zeit mehr verlieren mit Kompetenzdiskussionen, sondern sollten bspw. Art. 48 der Bayerischen Verfassung so reformieren, dass er einen klaren Ablauf für die Entscheidungsfindung in jeder Krise vorgibt.

Wir dürfen nach dieser Pandemie nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen dafür sorgen, dass wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen und für mögliche kommende Krisen besser gewappnet sind. Ein Bürgerrat ist für diese Aufgabe gut geeignet. Gerade weil alle gemeinsam die Infektionsschutzmaßnahmen umgesetzt haben, sollte auch ein repräsentativer Rat sich der Evaluation dieser Maßnahmen annehmen. Dieser ist im Gegensatz zu einem Parlamentsgremium frei von parteistategischen Interessen. Zudem ist er nicht an den Rhythmus der Legislaturperioden gebunden und kann sich die Zeit nehmen, die er braucht.

Die bisherigen Aufarbeitungsversuche durch Studien und durch Expertinnen und Experten sind sehr wertvoll. Es ist jetzt zusätzlich notwendig, den Bürgerinnen und Bürgern selbst das Heft des Handelns in die Hand zu geben! Bürgerräte sind ein neues Instrument der direkten Demokratie, das sich im Bund und in anderen Bundesländern bereits bewährt hat. In einem mehrstufigen Prozess werden Bürgerinnen und Bürger in einer gewichteten Zufallswahl ausgelost. So entsteht ein Rat, der der Diversität der Bevölkerung entspricht. Über mehrere Monate oder Jahre hinweg berät der Bürgerrat in Eigenregie das Thema, mit dem er betraut ist, und hört dabei Expertinnen und Experten und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger an. Bei komplexeren Fragestellungen, für deren Beantwortung ein Gutachten oder eine Studie benötigt wird, kann der Bürgerrat finanziell und personell durch die jeweiligen Staatsministerien unterstützt werden. Andere Bürgerräte, die ihre Arbeit bereits abgeschlossen haben, haben umfangreiche und gewinnbringende Handlungsempfehlungen für die Politik vorgelegt.



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Carolina Trautner, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Zukunftsorientiert, nicht rückwärtsgewandt:
Schlüsse aus der Coronapandemie ziehen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umfassend zu berichten, welche Schlüsse aus der Coronapandemie bereits gezogen wurden, um für kommende Pandemien und vergleichbare Katastrophen- und Krisensituationen möglichst gut gerüstet zu sein.

Begründung:

Die Coronapandemie war eine Katastrophe, deren Ausmaß und Dauer von Beginn nicht abzusehen war. Es war eine existenzielle Bedrohung für die Menschen in Bayern. Es ging – und geht auch künftig – darum, so gut wie irgend möglich Schaden von den Menschen in Bayern und in Deutschland abzuwenden, Gesundheit zu schützen und zu erhalten. Alle aus der Pandemie gezogenen Schlüsse sollten in dem Bericht gebündelt dargelegt werden. Dieser Bericht kann Grundlage sein, um weitere Folgerungen zu ziehen.

Fest steht: Insgesamt ist Bayern gut durch die Pandemie gekommen, vor allem dank des schnellen und entschiedenen Handelns der Staatsregierung im Aufbau der notwendigen Infrastruktur. Keiner der politisch Verantwortlichen hat sich die Entscheidungen, die in der Pandemie getroffen wurden, leicht gemacht hat. Im Gegenteil: Die Entscheidungen wurden mit Expertinnen und Experten erörtert, im Landtag diskutiert und von dort aus unterstützt. Alle Coronabeschränkungen wurden stetig überprüft und an die Situation angepasst.

Wir wollen die Menschen auch in Zukunft bestmöglich schützen. Das ist unser großes politisches Ziel, dafür sind wir als verantwortliche und verantwortungsvolle Gestalter in diesem Land da. Dazu müssen wir auch zurückblicken, um aus dem Geschehenen zu lernen. Aber es kann nicht um eine Rückschau um der Rückschau willen gehen. Nein, es geht darum, dass wir für die Zukunft für vergleichbare künftige Katastrophen- und Krisensituationen optimal gerüstet sind.